

Trotz Reichtums geöffnet

Stellungnahme der SPD- Fraktion zum Haushalt 2015

Was über diesen Haushalt Lobendes im Detail zu sagen ist, hat in 3368 Wörtern Bürgermeister Hieber schon erschöpfend ausgeführt; der Kämmerer hat in 1158 Wörtern nur wenig Wasser in den Wein gegossen, und in der Tat liest sich der Plan gut: freie Spitze über eine Million, Schuldentilgung, Nachhaltigkeit, Innenentwicklung, Gemeinsamkeit: alles prima Werte. Da darf man **ruhig ein bißchen stolz** sein. Meint die SPD- Fraktion und wird deshalb dem Werk gern zustimmen¹.

Ganz Sulz also im Jahr der Bürgermeisterwahl im kameralistischen Gleichgewicht. Ganz Sulz? Und Gleichgewicht? Das wäre nicht gut. Perfektion ist der Tod der Evolution, Weiterentwicklung gibt es nur, wo es Abweichungen von der Norm gibt, "Fehler", wie man so sagt.

Lassen Sie uns also nach "Fehlern" schauen!

Die oft bemühte schwäbische Hausfrau gälte als arm, wenn sie von 60% des durchschnittlichen Einkommens leben müsste. An dieser Armutsdefinition der Volkswirte wird oft Kritik geübt, weil sie einen Zustand beschreibe, Armut sei aber ein Prozess. Sind wir nun, ist die Stadt, ärmer oder reicher geworden im Laufe dieses Jahrhunderts? Alle **Steuerkraftindikatoren zeigen, dass wir weiterhin am Tropf des kommunalen Finanzausgleichs hängen**, für 2015 erwarten wir, 63,9 %² dessen selbst zu erwirtschaften, was wir für Pflichtaufgaben ausgeben. Leider hat das Tradition. Und wenn die Gemeinden im Landkreis Rottweil seit 2002 ihre Steuerkraft durchschnittlich um 78 %³ erhöht haben, so haben wir sie im gleichen Zeitraum um 68 % erhöht: der Abstand zur Mitte vergrößert sich. Dennoch sind unsere Aufgaben nicht weniger und nicht billiger geworden. Im Gegenteil! Und so ehrt es den alten Gemeinderat, sich mehrheitlich um die Ansiedelung eines Großbetriebs bemüht zu haben. Die Aufgabe "Einnahmeverbesserung" bleibt uns erhalten und wird immer dringlicher.

Ist es da nicht falsche Großzügigkeit, den **Sozialetat** zu erhöhen, indem man **Asylbewerbern** gegenüber sich menschlich verhält oder den **Schulen** mehr **Mittel für soziale Teilhabe und Soziales Lernen** zur Verfügung stellt? Natürlich nicht, und so ehrt es jetzt den neuen Gemeinderat, soviel Weitsicht bewiesen zu haben. Denn erstens produzieren Ausschluss, Armut und soziales Fehlverhalten Kosten, die die Kreisumlage nach oben treiben. Da lösen wir die Probleme doch lieber gleich vor Ort. Und zweitens treten an die Stelle des Bruttoinlandsprodukts als Gradmesser der Lebensqualität immer häufiger immaterielle Messwerte wie (subjektiv empfundene) Verteilungsgerechtigkeit und Selbstachtung. Letztere kann nur durch gute Arbeit entstehen, welches einer der vielen Gründe ist, die Schule so wichtig machen.

1 ... nach 1684 Wörtern

2 Steuerkraftmesszahl je Einwohner: inwieweit eine Gemeinde in der Lage ist, die notwendigen Ausgaben ihrer Pflichtaufgaben aus eigener Kraft zu bewältigen.

3 Haushaltsrede 2015 Landrat Dr. Michel

Man sieht: auch im neuen Jahr gibt's einiges zu besprechen. **Wenn die Güter knapp werden, werden die Verteilungskämpfe schärfer.** Deshalb sagen wir: Es muss schon lange vor der Bürgermeisterwahl klar sein, welche strukturellen Änderungen zu einer **Haushaltskonsolidierung** führen sollen. Dies auch und besonders unter dem Aspekt der zu erwartenden mindestens sechststelligen Investitionssummen zur Herstellung der **Breitbandvernetzung**, der sich auch Sulz nicht entziehen kann.

Was u. E. gar nicht angeht, ist ein warmer Regen vor der Wahl und danach - im Gemeinderat - die Auseinandersetzung um die Verwirklichung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts und die vom Kämmerer verlangten Umverteilungsmaßnahmen: Wer kriegt wann wieviel, wer muss verzichten? Das wäre nicht nur kontraproduktiv, sondern hieße auch, jeden Euro für den Bürgerentscheid zum Fenster hinauszuerwerfen.

Grundsätzlich hat eine Stadt unserer Größe und Beschaffenheit zwei Möglichkeiten, ein **strukturelles Einkommensdefizit wirtschaftspolitisch zu überwinden**: indem sie selber Industrieanlagen, Gründerzentren und Hallen baut und erst vermietet und dann hoffentlich verkauft - einen industriellen Kern kreiert - , oder indem sie um dem Kern herum die Standortfaktoren verbessert, in der Hoffnung, ansässige Firmen zum Expandieren und auswärtige zur Ansiedelung zu verlocken. Wir haben uns in Sulz schon vor langer Zeit für den zweiten Weg entschlossen, und das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) ist Ausdruck dieses Entschlusses. Hochwasserschutz, Kinderbetreuung, Bildung, Barrierefreiheit, Gewerbegebiete, Wohnbauflächen, Schuldenabbau, um nur einige Tätigkeiten zu nennen, sind der Speck, der die Mäuse (!) anziehen soll. Denn darauf läuft es hinaus: Es gibt keine Erfolgsgarantie. Übermäßig optimistisch ist nicht einmal das ISEK selbst: "Im regionalen Gewerbegebiet liegt eine Chance... gut organisierte kommunale Wirtschaftsförderung kann zum Erfolg ... beitragen."⁴ Um gut organisierte kommunale Wirtschaftsförderung darzustellen, reichen hier weder Raum noch Zeit. Herrn Walters Überblick jedes Jahr gliedert sich in 50 Handlungsfelder. Entscheidend ist, dass die Wirtschaftsförderung in die langfristige Entwicklungsstrategie eingebettet ist. Zwei Aspekte möchte ich herausgreifen: **Leerstandsmanagement und Innenentwicklung**⁵. Beide sind aufeinander angewiesen. Ohne Katasterfortschreibung, Informationsaustausch, Direktansprache der Besitzer, der Projektentwickler, ohne Beratung über den drohenden Wertverlust der leerstehenden Immobilie und sich abzeichnende Investitionschancen sind SSP- Maßnahmen⁶, Verkehrslenkung, attraktive Platzgestaltung, Zuschüsse für Abbruch, Zwischennutzung, Schaffung von Business- District- Zonen und farbige Beleuchtung der Waldhornbrücke etc etc für die Katz. Messen und Events sind wichtig. Was uns fehlt, ist ein **City Marketing**, das diesen Namen verdient. Im Bürgerarbeitskreis haben wir die wesentlichen Bausteine herausgearbeitet: einheitliche Öffnungszeiten, auch saisonal, Gestaltungsleitfaden für Außenwerbung, Vermeidung von leeren Schaufenstern, gemeinsame Vermarktung in den Medien: Sulz: ein einziges großes Kaufhaus. Stadtteilgeschäfte sind herzlich dazugeladen.

4 S. 22 Stadtentwicklungskonzept

5 Mit dem angeblichen Fehlen der Verkaufsbereitschaft sollten wir uns nicht zufrieden geben. Das Bsp. Bergfelden zeigt doch, dass Grundstücke sehr wohl verkauft werden, wenn der Preis stimmt und / oder eine Nutzung vor Ort oder anderweitig in Aussicht ist; Beteiligungen an Solar-, Thermie-, Windkraftanlagen, selber bauen und vermieten; Weltreise machen oder Anlage aufs Dach - entscheidend ist, dass der Verkaufserlös benutzt wird.

6 Programm Soziale Stadt mit hohen Zuschüssen für nachhaltige Investitionen

So weit, so gut, aber ohne die massive Zunahme von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen werden wir weder Unterfinanzierung noch Abwanderung aufhalten. Deshalb noch ein Vorschlag: **Wirtschaftsförderung und die vom Kämmerer beschworene Strukturreform zur Haushaltskonsolidierung lassen sich miteinander verknüpfen!** Daher ist die SPD-Fraktion der Ansicht, die Verwaltung sollte untersuchen und berichten, unter welchen Bedingungen sie das **RAL⁷- Gütezeichen "Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung"** erwerben kann. Eine solche Verwaltung zeichnet sich dadurch aus, dass sie Unternehmenskontakte innerhalb eines Arbeitstages beantwortet, Rechnungen von Betrieben innerhalb von drei Wochen bezahlt (!), Anfragen innerhalb von drei Tagen als eingegangen bestätigt und über Bauanträge innerhalb von 40 Tagen entscheidet. Das erfordert Umstellungen im Haus, von denen die BWGZ⁸ berichtet, sie brächten Effizienzeffekte. Abläufe werden optimiert, der jährliche Beitrag mit 1 000 € scheint erschwinglich. Fürs Standortmarketing wäre es ein weiterer Werbefaktor und, weil sich erst sehr wenige Gemeinden beteiligen, für einige Zeit geradezu ein Alleinstellungsmerkmal.

Was wir andererseits mit unserem **Eigenbetrieb⁹ Stromversorgung** planen, ist ja nun wirklich zukunftsweisend, geradezu im Sinne einer Überwindung des Kapitalismus durch "Aktiensozialismus"¹⁰. Autonom am Markt teilnehmendes Unternehmen erwirtschaftet Gewinn, der dem Haushalt, der Allgemeinheit, zugute kommt. (Viel zu oft sind es ja die Verluste, die sozialisiert werden.) Was noch verbessert werden könnte, sind die Besitzverhältnisse. Aber wenn schon auf absehbare Zeit Anteile an der Stromversorgung von Bürgern nicht erworben werden können, so wird die von uns angestrebte **Windradfinanzierung mit Hilfe privater Beiträge¹¹** umso wichtiger, um sich dem Ideal eines öffentlich- demokratischen Unternehmens zu nähern, dessen Marktmacht nicht völlig unlegitimiert in politische umschlägt. Wie sehr diese unlegitimiert politische Macht in die Politik hineinregiert, sieht man an einer Gesetzgebung, die unsere Stadtverwaltung zwingt, Strom von Gottweißwoher statt von der eigenen Stromversorgungs- GmbH zu beziehen. Also lautet die politische Aufgabe: zwischen kapitalistischen und öffentlich- demokratischen Unternehmen muss Waffengleichheit hergestellt werden - und nicht umgekehrt. Aus dem gleichen Grund freuen wir uns auch darüber, dass die kommunalen Spitzenverbände deutlich Stellung genommen haben **gegen** die Tendenz im **TTIP¹²**, Wasser- und Abwasserversorgung, ÖPNV, Sozialdienste und Kulturförderung den Gemeinden zu entreißen und von der Daseinsfürsorge zum Aktionärseinkommen zu machen.

7 Reichsausschuss für Lieferbedingungen, 1925; heute: RAL Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e. V.

8 BWGZ 20, 31.10.2014, S. 1200 ff

9 Sage mir keiner, der Staat wirtschaftet schlechter als Private. Elbphilharmonie und Berliner Flughafen stehen genauso krachende Pleiten bei Arcandor und Schlecker gegenüber. Es kommt also darauf an, Unternehmen nicht kurzfristig gewinnorientiert agieren zu lassen, sondern nachhaltig. Es kommt, mit anderen Worten, auf demokratisch legitimierte, rechenschaftspflichtige und persönlich haftende Aufsichtsgremien an.

10 Giacomo Corneo, Bessere Welt, 2014

11 bisher realisierte Beteiligungsformen: Öko- Sparbrief, KG- Beteiligung, Nachrangdarlehen, Genossenschaftsanteile, Anteile als stiller Gesellschafter (BWGZ - Zeitschrift des Gemeindetags Ba-Wü - 21, 2014) S. 1263)

12 Transatlantic Trade and Investment Partnership - geheime Verhandlungen über Freihandelsabkommen zwischen USA und EU

Apropos "entreißen". Reden wir über den **Bürgerentscheid über die Unechte Teilortswahl** (UeTOW)! Um die Abschaffung der UeTOW geht es, wohlgemerkt, nicht der Ortschaftsverfassung mit Ortschaftsrat und Ortsvorsteher.

Nehmen wir die Befürchtungen ernst, Stadtteile könnten ins Hintertreffen geraten, wenn keiner der Ihren im Gemeinderat säße! Wenn es nicht reicht, die Rolle des Ortsvorstehers, das ISEK, die bislang gezeigte gesamtstädtische Verantwortlichkeit, die grotesken Verzerrungen des Wählerwillens, die rein numerische Unmöglichkeit, Böses zu verhindern: wenn es nicht reicht, all das hervorzuheben, dann müssen **stärkere Argumente** her. Noch besser, es müssen **gute Gefühle** erzeugt werden.

1. Die Verzahnung zwischen Ortschaftsrat und Gemeinderat¹³ muss verstärkt, die Zuständigkeit der Ortschaftsräte (OR) erweitert werden. Dies geschieht durch die ausdrückliche Aufnahme des Begriffs "**Ortschaftsräte**" in den **§ 28** der Geschäftsordnung des Gemeinderats. "... kann betroffenen Personen und Personengruppen *wie Ortschaftsräten* Gelegenheit geben, ihre Auffassung im Gemeinderat vorzutragen." (Den Antrag können OR selber stellen.) (Das Antragsrecht auf Anhörung gilt auch für Ausschüsse und kann zu einer "neuen Sachlage" führen, die wiederum "erneute Anhörung" nach sich ziehen kann.)

2. Gemeinderat und Verwaltung erkennen ausdrücklich an, dass der Verlust einer Infrastruktureinrichtung in einem Stadtteil innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren grundsätzlich zu kompensieren ist.

3. Zweimal in einer Wahlperiode des Gemeinderats gibt es eine **Bürgerversammlung der Gesamtstadt zur Umsetzung des ISEK**. Die erste Versammlung dieser Art findet noch vor dem Bürgerentscheid zur UeTOW statt.

Zur Zeit schmort im Landtag ein Gesetzesentwurf der Regierungsfractionen, welcher die Quoren für Bürgerbegehren und - entscheid deutlich senkt, die Bürgerversammlung zur Einwohnerversammlung umdefiniert und kommunale Gremien zu mehr Transparenz veranlasst. Alles das wirkt einem Bedeutungsverlust der Ortschaften entgegen. Aber um die Gefühlswelt besser zu bedienen, schlagen wir zunächst einen **Sulzer Volkswandertag** auf einem **Rundkurs durch alle Stadtteile** vor. Da sind der Ausgestaltung keine Grenzen gesetzt. Im Gegensatz zu dieser Rede.

Klaus Schätzle

¹³ Gemeinderäte aus den Ortschaften können nicht deren Interessenvertreter sein, sie sind auf das Gesamtgebilde "Sulz" eingeschworen.

